



PUBLICCITIZEN

215 Pennsylvania Avenue, SE • Washington, D.C. 20003 • 202/546-4996 • www.citizen.org

**TTIP als trojanisches Pferd
für die Deregulierung von
Umwelt- und Gesundheitsschutz
und für neue Konzernrechte**

Campact e.V. - Demokratie in Aktion Webinar

Lori Wallach

Public Citizen's Global Trade Watch

Live from Washington, D.C. April 7, 2014

Die TTIP-Agenda: TAFTA in neuem Gewand?

- Standards zum Verbraucher-, Umwelt- und Arbeitnehmerschutz in der EU oft höher als in den USA – verspricht ein neues Handelsmodell die **Anhebung der Standards?** Riesiges Handels- und Investitionsvolumen zwischen EU und USA. Neue Regeln dafür haben enorme Auswirkungen innerhalb der beteiligten Staaten und auf globaler Ebene. US- und EU-Offizielle sagen: **Das Ziel ist, neue globale Standards zu setzen.**
- Bericht der die Verhandlungen vorbereitenden „Hochrangigen Arbeitsgruppe zu Beschäftigung und Wachstum“ Ende 2013: Die Agenda ähnelt der früherer Freihandelsabkommen der USA: **TAFTA (Transatlantische Freihandelszone)** plus zusätzliche Beschränkungen für staatliche Regulationsspielräume
- TAFTA ist ein altes Projekt des **Transatlantischen Business-Dialogs (TABD)**, heute bekannt als **Transatlantic Business Council (TBC)**. Dieser Rat wurde 1995 von US-Regierung und EU-Kommission als offizieller Dialog zwischen Wirtschaftsführern, US-Staatssekretären und EU-Kommissaren eingerichtet.
 - **Ziel: Eliminierung von „Handelshemmnissen“ und „regulatorische Konvergenz“.**
 - **Einige Mitglieder:** Accenture, AIG, AT&T, Audi AG, BASF, BDO, British American Tobacco, British Petroleum, BT, Cisco Systems, Deloitte, Deutsche Bank, Ernst & Young, Experian, Ford Motor Co., GE, Grant Thornton, IBM, Intel,, Johnson Controls, Johnson & Johnson, KPMG, Lilly, Merck & Co., Microsoft, Oracle, Pfizer, Philips Electronics, Phillip Morris Intl., Qualcomm, SAP, Siemens, Statoil, Texas Instruments, ThyssenKrupp, TOTAL, Verisign, Verizon, Xerox

Schon die Idee vereinheitlichter Standards ruft Besorgnis hervor: In Anbetracht gegenläufiger Ziele, Werte und demokratischer Steuerung **orientiert man sich an den untersten, nicht an den höchsten Standards.**

TTIP: Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft

Es geht in erster Linie nicht um „Handel“, sondern um ein globales Regierungssystem, das von großen Konzernen vorangetrieben wird und von denen, die die Folgen tragen, nicht geändert werden kann

- Große Unterschiede zu früherer Handelspolitik, die auf Zollabbau und höhere Einfuhrquoten zielte. „Handels“-Abkommen = Mechanismus, um mit diplomatischen Mitteln Gesetze für innerstaatliche Politik zu machen, die mit Handel nichts zu tun haben. Das US-Handelsministerium wird von 600 offiziellen „Handelsberatern“ der US-Konzerne beraten.
- „Jedes Mitglied soll die Übereinstimmung seiner Gesetze, Regulierungen und Verwaltungsvorschriften mit den in den Abkommen enthaltenen Verpflichtungen garantieren.“ (Abkommen zur Gründung der Welthandelsorganisation WTO)
- **Dauerhaft - keine Änderung ohne Konsens aller Unterzeichnerstaaten. Schränkt Fortschritt und Lösungen für neu auftretende Probleme ein.**
- Bindend – anders als die meisten Arbeits-, Gesundheits- und Umweltschutzabkommen. Die Regeln werden in außergerichtlichen Tribunalen durchgesetzt. Angelegenheiten, die sonst inklusiven, offenen Politikprozessen und Rechtsprechung unterliegen, werden außerhalb staatlicher Rechtssysteme geregelt.
- **Vollzug Staat-Staat:** Länder müssen Gesetze demontieren, sonst drohen Handelssanktionen.
- **Vollzug Investor-Staat:** Steuerzahler müssen ausländische Konzerne entschädigen. Kein Rechtsstaatsprinzip, keine Berufung möglich.

Zielscheibe der TTIP/TAFTA-Verhandlungen sind die jeweils besseren Standards für Umwelt- und Verbraucherschutz in USA und EU

Die Zölle sind bereits niedrig – die Verhandlungen konzentrieren sich auf „Regulierungen und nicht-zollförmige Handelsschranken“.

Wie sollte diese Agenda im Interesse der Bevölkerungsmehrheit sein?

Eliminierung von „Handelshemmnissen“ und „nicht-zollförmigen Schranken“, d.h. von nationalen Regeln, die den Zugang von Unternehmen zum jeweils anderen Markt berühren.

- Nahrung: EU-Verbot von Ractopamin, Chlorspülungen und Wachstumshormonen; EU-Vorschriften zur Trennung und Kennzeichnung von Gen-Lebensmitteln
- EU-Chemierichtlinie REACH
- EU-Richtlinien zu Treibstoffen und Klimaschutz
- EU-Datenschutz, „Safe Harbour“
- Teile der US-Finanzmarktregulierung, z. B. Volcker-Gesetz
- US-System der staatlichen Versicherungsregulierung

Dauerhaftes Vermächtnis: Handelshemmnisse, die nicht beseitigt wurden - siehe oben....

Probleme für Demokratie und Zurechnen von Verantwortung: Traditionell sind **Politikbereiche „hinter der Grenze“** in der Zuständigkeit staatlicher Gesetzgebung.

Regulatorische Konvergenz: Auf welchem Niveau? Raum für fortschrittliche Antworten auf neue Herausforderungen? Offensichtlich geht es nicht nur um die oft beschworenen Beispiele für „alberne Unterschiede“ in der Regulierung.

Instrumente regulatorischer Rückschrittlichkeit

Verpflichtungen zur Eliminierung regulatorischer Unterschiede finden sich in vielen Vertragskapiteln:

- **Harmonisierung:** gemeinsamen Standard aushandeln oder internationale Standards akzeptieren, einschließlich der durch Industrie-Einrichtungen definierten
 - **Gleichwertigkeit:** die gesamten Regulierungssysteme anderer Ländern z. B. für Fleisch oder Verkehrssicherheit anerkennen, auch wenn sie andersartig sind
 - **Wechselseitige Anerkennung:** Bestimmte Produkte anerkennen, wenn diese nach den Regeln anderer Ländern anerkannt wurden
 - **Freier Durchlass:** was irgendwo anerkannt ist, muss überall akzeptiert werden
- **Regulatorische Konvergenz:** Regierungen müssen bestimmte Kosten-Nutzen-Analysen und Risikoabschätzungen vornehmen, um die vorgeschlagene Politik zu schaffen; eine Politik muss die „am wenigsten handelsbeschränkende“ sein und die Konformität mit Handelsregeln berücksichtigen (TTIP-Kapitel Regulatorische Konvergenz)
- **Benachrichtigung:** nicht-konforme Politikbereiche auflisten, im Voraus über voraussichtliche Reformen informieren, Recht zur Stellungnahme und Änderungsforderungen

Verpflichtung zur Beseitigung regulatorischer Unterschiede

- **Harmonisierung:** Die im Abkommen beschlossenen Komitees verhandeln einheitliche Standards, die von den Staaten umgesetzt werden. Die Komitees bestehen aus Regierungsvertretern, tagen hinter verschlossenen Türen. Alternativ können Länder einen international akzeptierten Standard übernehmen.
- **Gleichwertigkeit:** Regierungen legen fest, ob die andersartigen – evtl. weniger schützenden - Regulierungen und Standards anderer Länder „gleichwertigen“ Schutz bieten. Nationales Recht bleibt dasselbe, aber Importe werden erlaubt, wenn sie den Standards des exportierenden Landes entsprechen. Das gesamte Regulierungssystem wird als gleichwertig anerkannt, die Überprüfung im Einzelfall dem Exportland überlassen.
- **Wechselseitige Anerkennung** (oft der Konformitätseinschätzung): Übereinkunft, dass Behörden anderer Länder oder private Firmen in ihrem Auftrag bestimmen, ob Produkte den Standards der anderen entsprechen.

Einschluss von „Investor-Staat Konfliktbeilegung“ (ISDS): Mehr Rechte für Konzerne

ISDS dient vorgeblich dazu, ausländischen Investoren eine Entschädigung zu verschaffen, wenn Fabriken/Land enteignet werden und das betreffende Land nicht über ein verlässliches Rechtssystem verfügt. **Warum ist es in einem US-EU-Freihandelsabkommen überhaupt vorgesehen? Welche „unzureichenden“ Eigentumsrechte, welches „unzureichende“ Rechtssystem sollte hier problematisch sein?**

- Ausländische Konzerne auf Augenhöhe mit souveränen Staaten: Sie können staatliche Rechtssysteme umgehen und den Vertrag privat durchsetzen - sie fechten Regierungspolitik direkt vor Schiedsgerichten an, um Entschädigung aus Steuermitteln zu erhalten
- Ausländische Investoren bekommen *mehr* Rechte als inländisches Recht vorsieht, *größere* Privilegien noch als inländische Firmen. Entschädigung für Regulierungskosten/politische Reformen (Vattenfall, Philip Morris, Eli Lilly, Exxon etc.)
- US und EU-Staaten werden den Entscheidungen von Schiedsgerichten unterworfen, die nach den Regeln des ICSIS (Weltbank) oder UNCITRAL (UNO-Kommission für internationales Handelsrecht) operieren.
- Schiedsgerichte bestehen aus 3 privaten Anwälten, die keinen Wählern Rechenschaft ablegen müssen, viele Rollenwechsel (Konzernanwälte fungieren auch als Richter) und Interessenskonflikte. **Siehe: Profiting from Injustice, <http://corporateeurope.org/publications/profitting-from-injustice>**

Investor-Staatsklagen vor Schiedsgerichten - 2

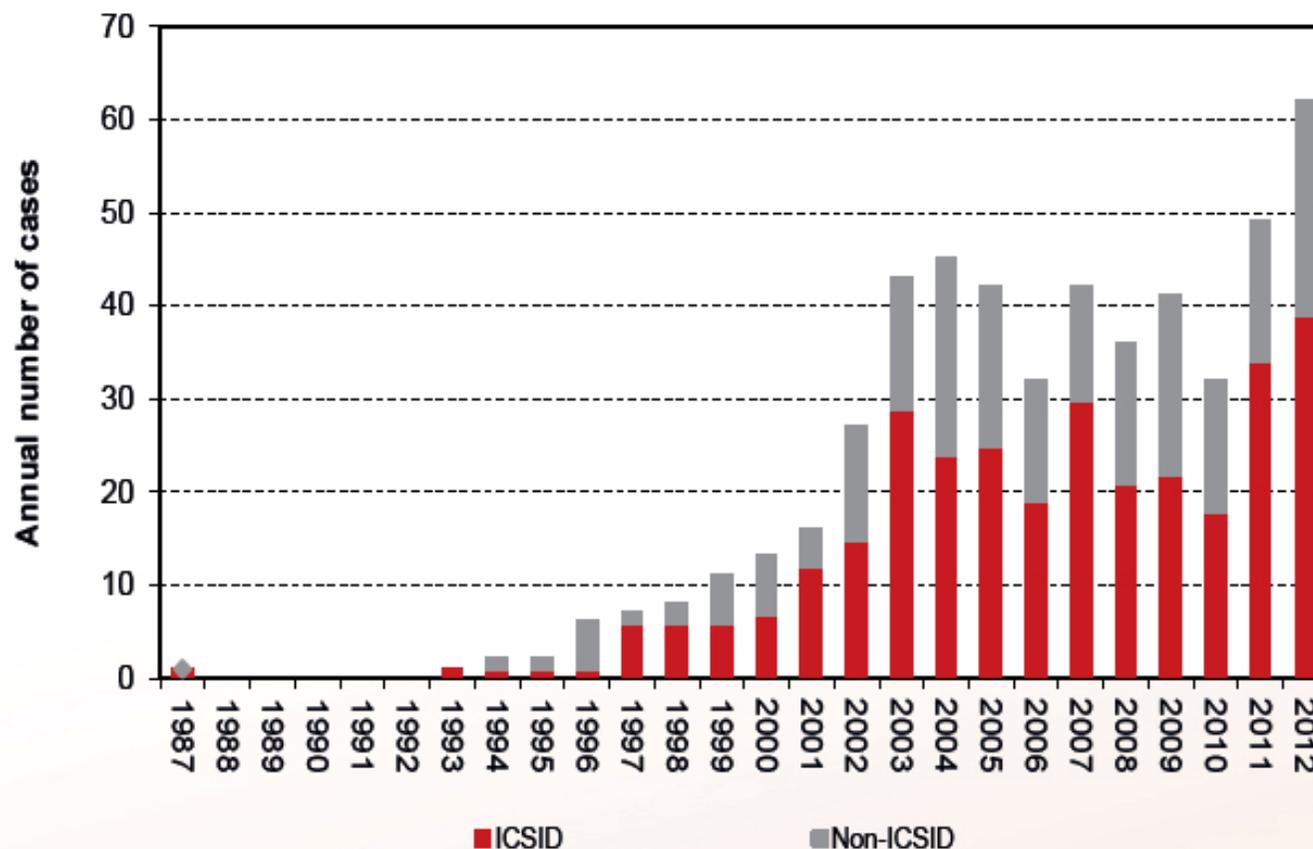
- Anders als normale Richter werden „Schiedsrichter“ pro Stunde bezahlt. Schiedsgerichte fordern selbst bei Ablehnung eines Falls Regierungen zu einer Teilzahlung der Verfahrenskosten auf. Kosten hemmen Regierungshandeln. Schon die Klage ist eine ernsthafte Bedrohung: Kosten im Schnitt 8 Mio. US\$, 1 aktueller Fall kostet Regierung mehr als 50 Mio. US\$
- Falls der Investor gewinnt, muss die Regierung mit Steuergeld den vom Tribunal festgelegten Betrag zahlen. Das bedroht viele Richtlinien für Verbraucher-, Gesundheits- und Arbeitsschutz, Umwelt- und Landnutzungsgesetze, behördliche Genehmigungen, Finanzregulierungen und andere für die Bevölkerung wichtige Beschlüsse, welche lt. Investoren "künftig erwartete Gewinne" mindern.
- Tribunale agieren hinter verschlossenen Türen – damit fehlt ein Grundmerkmal von Rechtsstaatlichkeit
- Absolute Verschwiegenheit bei Festsetzung von Schadensersatzsumme, Zinseszins, Kostenaufteilung.
 - Keine Kostenbegrenzung nach oben
 - Zinseszins: im Fall Occidental vs. Ecuador verdoppelt der Zinseszins den Schadensersatz von US\$ 1,7 Mrd. auf US\$ 3 Mrd.
- Entscheidungen nicht an Präzedenzfall gebunden. Keine Anfechtung durch Dritte. Annullierung von Fehlereinschränkung.

Investor-Staatsklagen vor Schiedsgerichten - 2

- ISDS hat eine ganze Industrie von spezialisierten Anwälten und „Schiedsrichtern“ hervorgebracht - einschließlich spezieller Aktienfonds, die das lukrative Geschäft von Überfällen auf die Schatzämter finanzieren.
- Durch US-Freihandels-/bilaterale Abkommen haben Investoren bereits über 3 Mrd. US\$ Steuergeld durch ISDS-Fälle eingesackt, mehr als 15 Mrd. US\$ stehen noch an offenen Forderung aus. Mehr Infos: "Table of Foreign Investor-State Cases and Claims under NAFTA and Other U.S. Trade Deals" Memo von Public Citizen, Juni 2012. <http://www.citizen.org/documents/investor-state-chart.pdf>
- **Nationen-Shopping: Fallbeispiel Philip Morris International:** PMI verlagerte den Hauptsitz der australischen Tochterfirma nach Hongkong, kurz bevor es Australien mit Bezug auf das bilaterale Abkommen Hongkong/Australien angriff; PMI behauptet, ein Unternehmen mit Hauptsitz in der Schweiz zu sein, um eine Attacke gegen Uruguay unter Berufung auf das bilaterale Abkommen zwischen Uruguay und der Schweiz zu starten; 2010 bezeichnet sich PMI als US-Firma, um von US-Regierung ISDS im Transpazifischen Abkommen zu fordern.
- Die Anzahl von ISDS-Fällen nahm im letzten Jahrzehnt stark zu. Abkommen mit ISDS existieren bereits seit den 1950ern, doch 2013 war die Zahl der neuen ISDS-Klagen neunmal so hoch wie im Jahr 2000.

Epidemie von ISDS-Attacken zur Plünderung der Steuerkassen und Blockade politischer Reformen

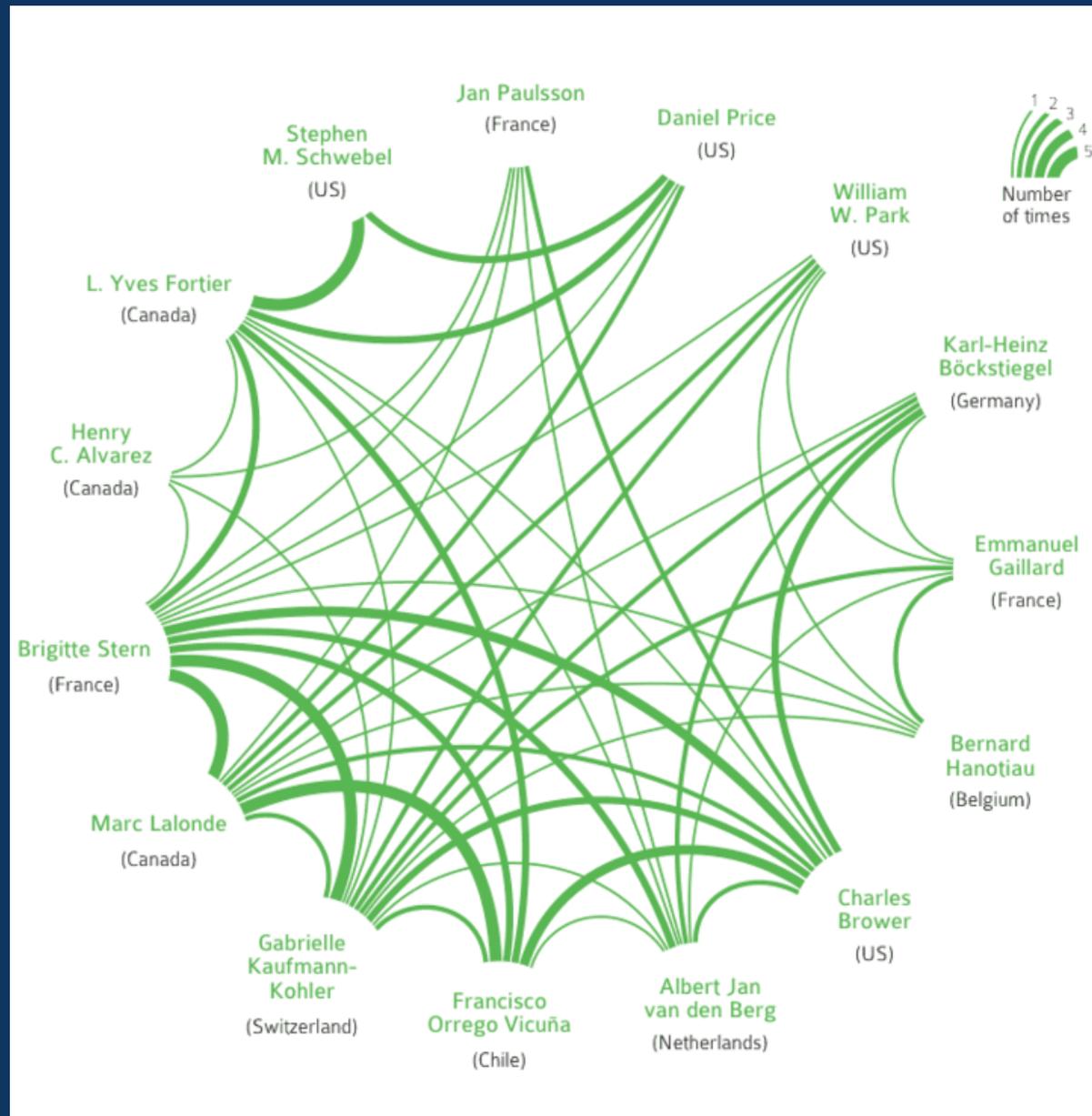
Investor-State Cases Launched Each Year



ISDS im TTIP würde bedeuten: 75.000 weitere Unternehmen mit Mehrfach-Registrierung können Gesetze und politische Entscheidungen angreifen, die von den jeweiligen Gerichten in USA und EU als zulässig betrachtet werden.

Source: UNCTAD

Nur 15 Schlichter haben die Entscheidungsfindung in 55 % aller bekannten Investorklagen beeinflusst



Quelle: *Profiting from Injustice* <http://corporateeurope.org/publications/profitting-from-injustice>

Neue Risiken für ISDS im TTIP: Ein Vertrag vieler kapitalexportierender Länder - anders als bei den meisten Abkommen der Vergangenheit

Die Direktinvestitionen zwischen USA und EU expandieren seit langem. Über 75.000 Konzerngesellschaften sind in beiden Regionen etabliert.

24.249 Konzerngesellschaften der EU bekämen durch ISDS neue Rechte

gegen die USA. Bis auf wenige Unternehmen, die durch ein bilaterales Abkommen zwischen den USA und Staaten des ehem. Warschauer Paktes eingeschlossen sind, hat heute keines von ihnen ISDS-Rechte gegen die USA. *ISDS für TTIP/TAFTA? Sind die US- oder die EU-Gesetze zum Schutz geistigen Eigentums oder nationale Gerichtssysteme das Problem...*

Details und Karte aller Unternehmen:
<http://www.citizen.org/TAFTA-investment-map>

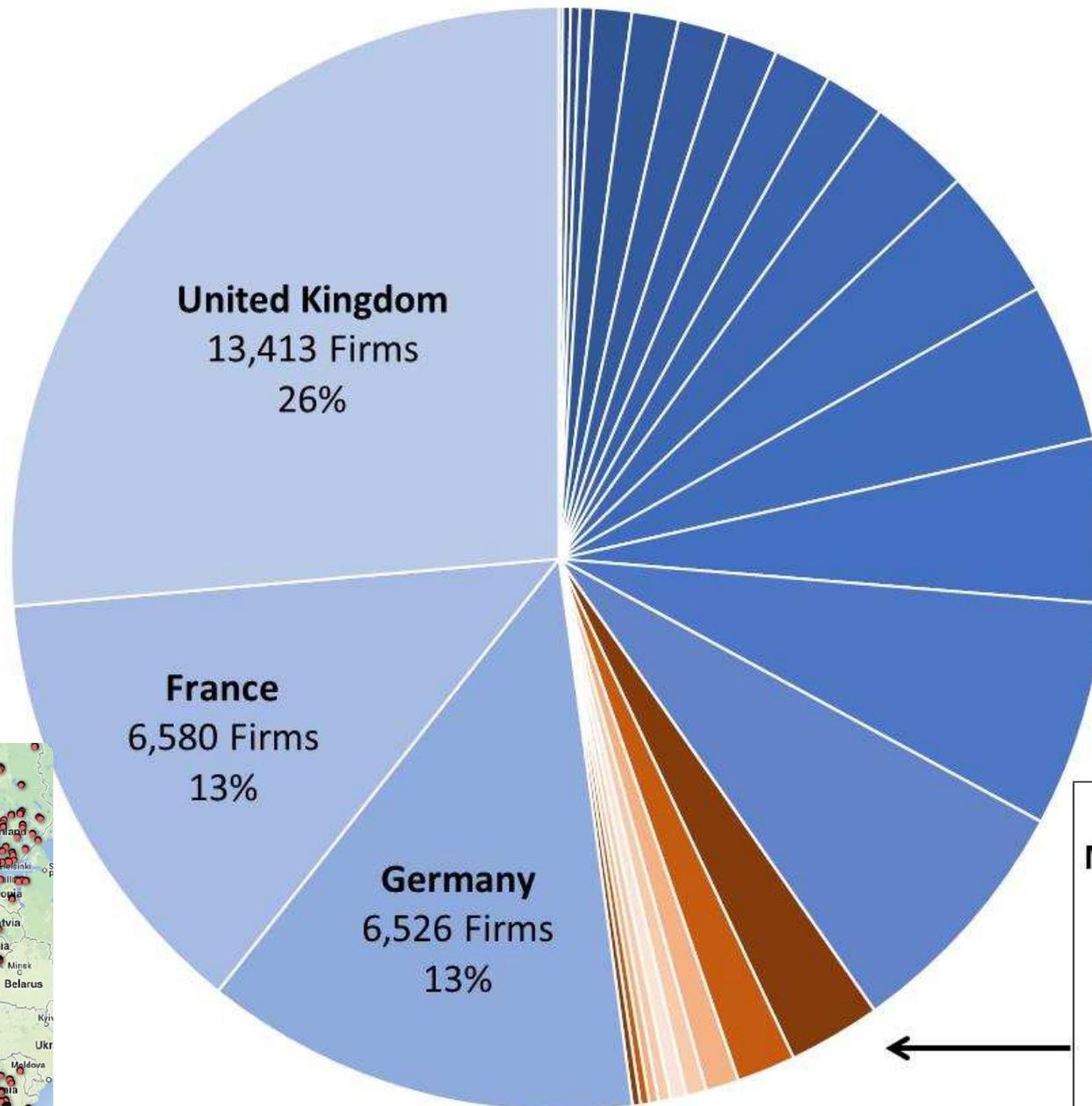
Anzahl von US-Konzernen in EU-Ländern und von EU-Konzernen in den USA

| | | | |
|----------------|-------|----------------|--------|
| Austria | 67 | Latvia | 121 |
| Belgium | 1,533 | Lithuania | 139 |
| Bulgaria | 241 | Luxembourg | 203 |
| Croatia | 181 | Malta | 57 |
| Cyprus | 115 | Netherlands | 2,445 |
| Czech Republic | 879 | Poland | 1,386 |
| Denmark | 900 | Portugal | 772 |
| Estonia | 130 | Romania | 499 |
| Finland | 747 | Slovakia | 300 |
| France | 6,580 | Slovenia | 140 |
| Germany | 6,526 | Spain | 3,357 |
| Greece | 698 | Sweden | 1,976 |
| Hungary | 569 | United Kingdom | 13,413 |
| Italy | 3,734 | United States | 24,249 |

Source: Uniworld's foreign firms database

TTIP = Neue Investorprivilegien für 92 % der US-Firmen innerhalb der EU

Bisherige Handelsverträge betreffen nur 7,6 % der US-Investoren



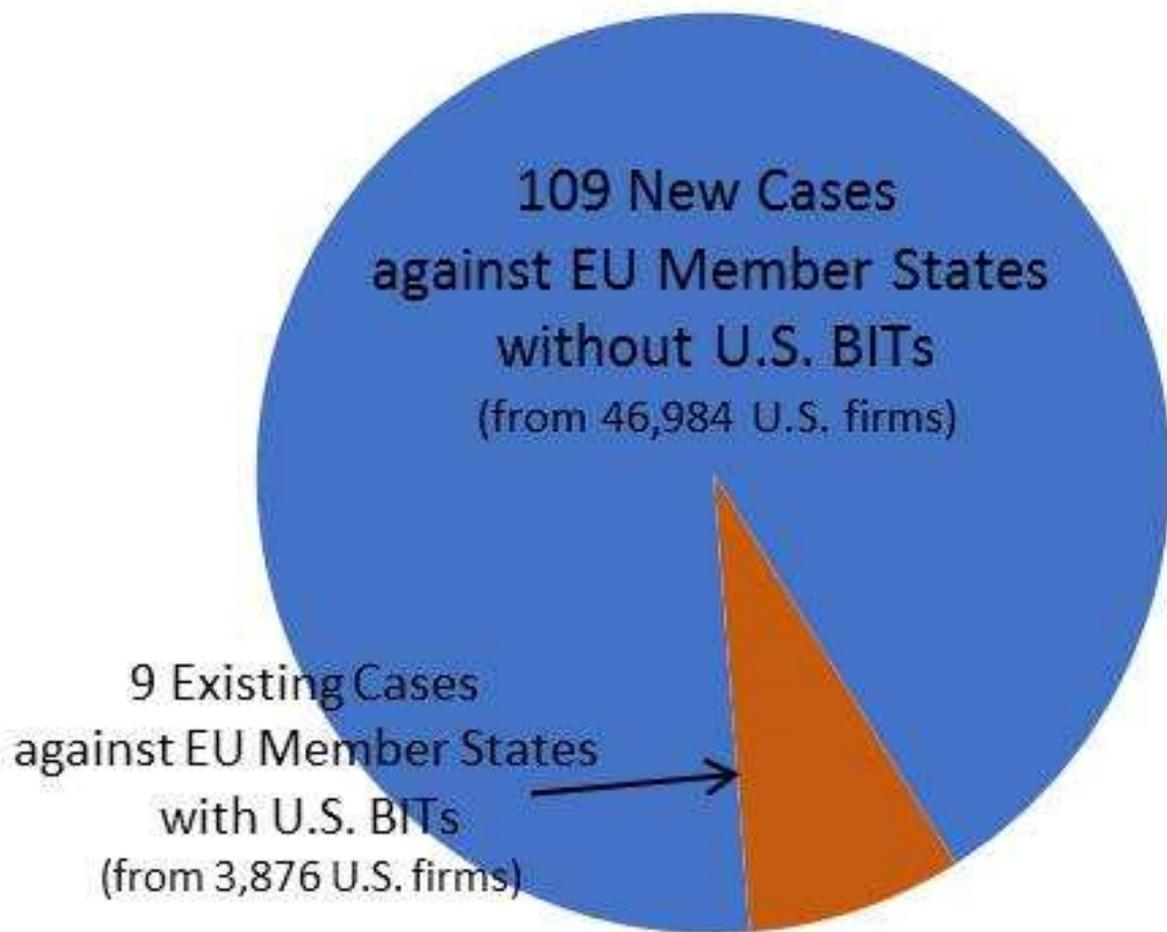
Combined Total for Members with U.S. BITs:
Poland, Czech Republic, Romania, Slovakia, Bulgaria, Croatia, Lithuania, Estonia and Latvia
3,876 Firms
7.6%

Prozesse sind Grund zur Sorge

Unter den bereits existierenden bilateralen Investitionsabkommen (BITs) zwischen EU-Staaten und den USA haben Investorklagen zu bisher 9 Prozesse geführt. Sie greifen Besteuerung, Transportregulierung und andere Regelungen an, die mit Enteignung direkt nichts zu tun haben.

- **Cargill v. Polen:** Um die Zuckerrichtlinie der EU-Agrarpolitik umzusetzen, verabschiedete Polen eine Quote, die Auswirkungen auf Cargills Süßungsmittel hatte. 16,3 Millionen US\$ Investor-Entschädigung.
- Einige Beispiele für die Anfechtung von Gesetzen zum Schutz von Umwelt, Gesundheit und Erneuerbaren Energien in Industrieländern:
 - **Vattenfall v. Deutschland:** Umweltauflagen für Kohlekraftwerk - der Fall ist beigelegt; jetzt ein zweiter Fall in Verbindung mit dem Atomausstieg – Forderung über 4,6 Mrd. US\$
 - **Eli Lilly v. Kanada:** Kanadas Patentregeln für Arzneimittel – Forderung über 500 Mio. US\$
 - **Phillip Morris International v. Australien:** Maßnahmen im Gesundheitswesen gegen Rauchen
 - **Exxon Mobil v. Kanada:** Bedingung, in den ärmsten Landesteilen zu Forschung und Entwicklung beizutragen. Über 60 Mio US\$ Investor-Entschädigung.
 - **Mesa Power Group v. Kanada; Windstream v. Kanada:** Vorschrift im Grüne Energien-Programm, einen bestimmten Prozentanteil lokal zu produzieren. Forderung: über 725 Mio US\$
 - **Lone Pine v. Kanada:** Moratorium für Fracking in Quebec, während einer Umweltverträglichkeitsprüfung: 250 Millionen US\$

Investorklagen durch TTIP: 109 neue Prozesse gegen Mitgliedstaaten?



Die Hochrechnung von 109 neuen Prozessen berücksichtigt nicht das steile Wachstum von Investorklagen in jüngster Zeit.

Dass es bisher keine Prozesse gegen die USA unter bestehenden BITs mit EU-Staaten gibt, ist ein schwacher Trost. Denn nur 33 Firmen aus Ländern mit BITs sind in den USA tätig (0.1% der in USA tätigen EU-Firmen sind von BITs abgedeckt).

Einige NAFTA/CAFTA-Beispiele Verbraucher und Umwelt

Investor gewinnt Verfahren, bekommt Entschädigung

- **Metalclad v. Mexiko:** Giftmüllaufbereitungsanlage, regionale Nutzungszuweisung, Genehmigung = Verstoß gegen regulative Einnahmen?
- **S.D. Myers v. Kanada:** MEA Durchsetzung. Föderale Durchsetzung des Basel Abkommens/PCB Verbot von Giftmüll-Handel = Diskriminierung, MST Verstoß
- **Pope & Talbot v. Kanada:** Nutzholz-Politik – mürrischer provinzieller Regierungsbeamter = MST Verstoß
- **Exxon Mobil/Murphy Oil v. Kanada:** nicht-diskriminierende Rohstoffindustrie R&D Gebühr = Leistungsanforderung

Investor entschädigt in außergerichtlicher Beilegung – Abschreckend

- **Ethyl v. Kanada:** Kanada macht nationales Chemikalien-Verbot rückgängig, Konzern erhält \$13 Millionen für Verluste – US Staaten verbieten dieselbe Chemikalie, MMT ein Benzin Zusatzstoff
- **Abitibi-Bowater v. Kanada:** Firma schließt und entlässt Angestellte, die Provinz entzieht ihr Wasser-/Nutzholzrechte, die abhängig vom fortwährenden Gebrauch waren.

ISDS als Droh- und Lobby-Instrument, um Regulierung zu beeinflussen oder maß zu setzen

- **Renco v. Peru:** Wiedereröffnung einer umweltschädlichen Schmelzhütte – Klageeinreichung, um Genehmigung für Wiedereröffnung zu erhalten
- **Pac Rim v. El Salvador:** Bergbau – jahrelanges, politisch stark aufgeladenes ISDS-Verfahren um Verbot von Mineralienbergbau zu blockieren; Schiedsgericht erklärt CAFTA-Forderung für nichtig, führt einige Klagen auf Basis des nationalen Rechts fort
- **Commerce Group v. El Salv.** Bergbau – jahrelanges, politisch stark aufgeladenes ISDS-Verfahren um Verbot von Mineralienbergbau zu blockieren; Schiedsgericht erklärt CAFTA-Forderung für nichtig, Konzern darf Annullierung ein Jahr nach der Deadline beantragen

Außerdem gibt es noch den Fall Chevron-Ecuador, bei dem es um die Amazonas-Verseuchung geht...

USA verlieren Vorteile und vermeiden Zahlungen

- **Loewen v. U.S.:** US-Zivilgericht beurteilt Regierungshandeln in Vertragsauseinandersetzungen zwischen zwei Privatfirmen. Kanadische Firma, neu organisiert als US-Konzern, verliert ausländischen Status vor Fälligkeit einer Entschädigung.

Wer die Regeln schreibt, regiert...

- Die Verhandlungen: ein geheimer Prozess. Diejenigen, die mit den Ergebnissen leben sollen, haben keinen Zugang zu den Textentwürfen.
- Das US-Handelsberater-System ermöglicht es, dass 600 Unternehmensvertreter die US-Agenda bestimmen, Zugang zu Verhandlungsdokumenten und Verhandelnden haben.
- Der verhandlungsführende Handelsminister (United States Trade Representative USTR) betrachtet die US-Industrie als seine Klientel, die Zugang und Rechte in anderen Ländern sucht.
- Im Zentrum des TAFTA-Projekts stehen die Forderungen von US- und EU-Konzernen - nicht die Erfüllung menschlicher Bedürfnisse nach guten Lebensmitteln, sicheren Produkten, Umweltschutz, Zugang zu essentiellen Dienstleistungen und Medizin, finanzieller Stabilität, Privatsphäre oder Freiheit im Internet. Tatsächlich begrenzen manche Regeln explizit den politischen Handlungsspielraum für die Erreichung dieser Ziele.
- Die Verkaufstaktik ist: Deregulierung und grenzüberschreitende regulative Annäherung erzeugen Gewinne aufgrund von mehr Effizienz. Wenn dies ein gutes Geschäft für uns sein soll, müssten zwei Dinge erfüllt sein: die Beseitigung von regulativen Unterschieden wäre gleichbedeutend mit mehr Effizienz – und die Effizienzgewinne würden auch breit verteilt...

Beweis für angebliche „Effizienz“-Gewinne?

Prämisse: Regulative Annäherung = Effizienzgewinn. Beruht auf der unbewiesenen These, Deregulierung bedeute ökonomischen Gewinn.

USTR: USITC soll von der Beseitigung **aller** nichttarifären Beschränkungen ausgehen – das ist aberwitzig.

- Studie für die EU-Kommission (ECORYS Nederland BV) als Basis für angebliches Beschäftigungswachstum, z. B. NY Times: „Unwahrscheinlich, dass alle Bereiche erkennbarer regulativer Unterschiede tatsächlich angegangen werden können... dafür wären Verfassungsänderungen erforderlich... Es der ökonomische Nutzen kann den Aufwand nicht rechtfertigen... die Regulierungen sind zu weit gefasst... Verbrauchewünsche, Sprache und Geographie... politische Sensibilitäten.“

- Höchstens 50% aller nicht-tarifären Maßnahmen werden angegangen, realistischer sind 25 %

- Keinerlei Erwägung von negativen Kosten für Konsumenten, Arbeitnehmer, Umwelt. Keine risikobereinigten Schätzungen der ökonomischen Kosten neben veranschlagten Gewinnen. D.h., keine Netto-Auswirkung.

- Nutzt Gravitations-Regressionen (gravity regressions), Allgemeines Gleichgewichtsmodell (Computable General Equilibrium Model), um relativ kleine ökonomische Gewinne durch die Beseitigung von NTBs vorherzusagen. Ansatz durchsetzt mit Annahmen, die die Ergebnisse verdrehen können (UNCTAD Studie „Non-Tariff Barriers in Computable General Equilibrium Modeling“. Änderung der Annahmen verändert nicht nur das Ausmaß der Wirkung, sondern auch die Richtung der Wirkung – von positiv zu negativ.)

Empirische Beweise für den Einfluss von NTM Anpassung/Entfernung auf Effizienz? Einige Studien deuten darauf hin, dass regulative Annäherung innerhalb der EU wenig bis keine signifikanten Effizienzgewinne erzeugt hat (vgl. Barbara Casu, Philip Molyneux, „A Comparative Study of Efficiency in European Banking,“ Applied Economics 11/03. www.wharton.upenn.edu/fic/papers/00/0017.pdf)

Also warum jetzt? Prämisse, dass die EU so dringend „Wachstum“ braucht, dass wichtige regulative politische Maßnahmen gegen „Wachstum“ getauscht werden? Aber was sind die wirklichen Gewinne?